

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telex: 88846 ppbn
Telefax: (02 28) 9 15 20-12



Inhalt

Edelgard Bulmahn MdB kritisiert die Bonner Forschungspolitik: Zerstörung der Standortqualitäten.

Seite 1

Hanna Wolf MdB erinnert an die Einführung des Wahlrechts für Frauen in Deutschland vor 75 Jahren: Die Partizipation muß erweitert werden.

Seite 6

Neue Adresse seit 1.1.1994

Schumannstr. 2b
53113 Bonn
Postfach 190167
53037 Bonn

49. Jahrgang / 12

18. Januar 1994

Zerstörung der Standortqualitäten Die Bonner Forschungspolitik ist kontraproduktiv

Von Edelgard Bulmahn MdB
Stellvertretende wissenschaftspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion

Wissenschaft und Forschung, die gründlich vernachlässigten Kellerkinder dieser Bundesregierung, erfreuen sich, seit die Debatte um den Industriestandort Deutschland sich mehr und mehr auf die Bereiche Wissenschaft, Forschung und Technologie zuspitzt, so viel Aufmerksamkeit wie schon seit langem nicht mehr. Und dies ist gut so, denn Forschungspolitik ist Zukunftsvorsorge, Zukunftssicherung.

Langsam und allmählich dringt in das öffentliche Bewußtsein, daß unsere Lebenschancen und -möglichkeiten etwas zu tun haben mit der Tatkraft, dem Ideenreichtum und dem Können unserer Wissenschaftlerinnen, Wissenschaftler, Technikerinnen und Techniker. Und noch etwas beginnt sich herumzusprechen, die Anerkennung der Leistungsfähigkeit der deutschen Forschung, wie sie sich etwa in den Nobelpreisverleihungen niederschlägt, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die deutsche Wirtschaft stark vor allem in den Technologien des 19. Jahrhunderts ist, aber deutlich an Gewicht in jenen Technologien und Branchen verliert, die als besonders zukunftsträchtig gelten. Und wenn wir technologisch die Nase vorn haben, dann müssen wir nur allzu oft feststellen, daß andere das Geschäft machen. Insbesondere in Japan werden neue Technologien zielstrebig, schneller und effizienter in marktfähige Produkte, Verfahren und Dienstleistungen umgesetzt.

Wenn die Bundesrepublik ihre Zukunft nicht verspielen will, muß sie die Herausforderungen, die sich aus der Entwicklung und Nutzung der modernen Technologien ergeben, aktiv annehmen. Wer die Märkte von morgen gewinnen will, und das heißt, die Arbeitsplätze und Einkommen von morgen sichern will, der schafft dies nicht mit den Rezepten von vorgestern, mit Sozialabbau, Lohnkürzungen oder einer falsch verstandenen Deregulierungspolitik. Diese Form der Standort*sicherungs*politik ist kontraproduktiv. Sie zerstört letztlich die anerkannten Standortqualitäten dieses Landes.

Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Hausallee 2-10, Pressehaus V217, 53113 Bonn
Postfach 120408, 53048 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Verwendete Dringung
mit wertvollem Rohstoff
Recycling-Papier



Wir sind ein Hochlohnland, und wollen das auch bleiben. Und deshalb muß die deutsche Wirtschaft solche Erzeugnisse und Dienstleistungen erfolgreich auf den Markt bringen, mit denen hohe Erträge und damit auch hohe Einkommen erzielt werden können. Dies ist vor allem bei solchen Gütern und Dienstleistungen der Fall, die vergleichsweise hohe Forschungs- und Entwicklungs-Aufwendungen voraussetzen. Deshalb müssen wir zu den technologisch führenden Ländern der Erde gehören. Deshalb müssen den wissenschaftlich-technologischen Wandel für den industriellen Strukturwandel erschließen. Deshalb müssen Wissenschaft und Forschung in diesem Land wieder Priorität erhalten.

In keiner Regierungsperiode ist der Forschungshaushalt so heruntergewirtschaftet worden, wie unter diesem Bundeskanzler. Da nützen auch die schönsten Broschüren und Sonntagsreden nichts. Die Fakten sind bedrückend. 1982 - bei Übernahme der Regierungsverantwortung durch diese Regierungskoalition - finanzierte der Bund 62,2 Prozent der öffentlichen Forschungsausgaben, 1993 nur 57,8 Prozent. 1982 lag der Anteil der zivilen Forschungs- und Entwicklungs-Ausgaben am Bundeshaushalt bei 4 Prozent, 1993 aber nur noch bei 3,2 Prozent. Der Anteil der militärischen Forschung am Bundeshaushalt kletterte dagegen erheblich, von 0,7 Prozent auf 1,1 Prozent im Jahr 1989 und liegt jetzt, trotz völlig veränderter sicherheitspolitischer Rahmenbedingungen, immer noch bei 0,7 Prozent. Mit dieser Prioritätenverschiebung hat die Bundesregierung der zivilen Forschung dort dringend benötigten Mittel entzogen.

Die Ausgaben sind dramatisch gesunken

Besonders deutlich wird der Bedeutungsverlust der Forschungspolitik unter dieser Bundesregierung am BMFT-Haushalt. Erstmals seit 20 Jahren soll sein Anteil am Bundeshaushalt im laufenden Jahr unter die Zwei-Prozent-Marke fallen. 1982 waren es noch 2,8 Prozent. In keinem einzigen Jahr seit 1982 sind die Forschungsmittel des BMFT mehr real gestiegen. Bei Deflationierung mit dem Preisindex des Sozialproduktes liegt der Haushaltsansatz für 1994 gar um 16 Prozent unter dem Niveau von 1982. Die Pro-Kopf-Ausgaben in konstanten Preisen sind im gleichen Zeitraum von 122 auf 78 DM gesunken.

Die wenigen Zahlen machen deutlich, welch katastrophales Erbe diese Bundesregierung in der Forschungs- und Technologiepolitik hinterläßt. Doch ich möchte hier nicht länger Vergangenheitsbewältigung betreiben. Es kommt darauf an, daß endlich etwas geschieht, das gehandelt wird. Ohne zusätzliche Mittel geht es einfach nicht mehr. Die nachhaltige Erhöhung der Forschungsausgaben, das Schließen der aufgetretenen strategischen Lücke im Forschungshaushalt wird deshalb zu den ersten und vordringlichsten Aufgaben der neuen Bundesregierung gehören.

Hohe Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen sind ein wichtiger, ein unentbehrlicher Beitrag zur Zukunftssicherung, aber dies allein reicht nicht aus. So wenig Geld automatisch zu Spitzenleistungen in Wissenschaft, Forschung und Technik führt, so wenig ergibt sich aus wissenschaftlich-technischen Vorsprüngen quasi von selbst eine wettbewerbsstarke Wirtschaft. Entscheidend ist vielmehr die Fähigkeit, wissenschaftlich-technische Erkenntniszuwächse in neue, marktgängige Produkte, Verfahren und Dienstleistungen umzusetzen und erfolgreich zu vermarkten. Erfolgreiches Innovationsmanagement ist damit zu einer entscheidenden Schlüsselgröße erfolgreicher wirtschaftlicher Entwicklung geworden.

Und ausgerechnet hier, bei der Umsetzung, bei der Nutzung des eigenen wissenschaftlich-technischen Potentials, bei der Organisation des Fertigungsprozesses und bei der strategischen Erschließung von Märkten weist das deutsche Innovationssystem eklatante Schwächen

auf. Forschung, Entwicklung, Design, Produktionsplanung, Fertigung und Vermarktungsstrategien werden in Deutschland nicht als ineinandergreifende, sich gegenseitig bedingende und parallele Innovationsphasen begriffen. Auf der einen Seite führen die Forschungs- und Entwicklungs-Abteilungen in den Unternehmen vielfach ein Eigenleben, sind zu wenig auf strategische Unternehmensziele ausgerichtet und haben zu wenig Informationen über das Marktgeschehen und über die Bedürfnisse und Wünsche der Kunden. Die Folgen faßt eine Kienbaum-Studie wie folgt zusammen: "Innovationen dauern in Deutschland zu lang, sind realitätsfern und schlecht geplant."

Neue Ideen haben oft genug nur unzureichende Chancen, akzeptiert und umgesetzt zu werden. Geradezu erschreckend das Ergebnis einer jüngst angefertigten Studie, derzufolge deutsche Forscherinnen und Forscher inzwischen zehn bis zwanzig Prozent ihrer Zeit heimlich an Erfindungen und Entwicklungen arbeiten, um Behinderungen und Gängeleien durch ihre Vorgesetzten aus dem Wege zu gehen. Machen die Betreffenden sich selbständig, so haben sie Schwierigkeiten das nötige Kapital zu beschaffen. Eifersüchteleien, Hierarchien und mangelnde Risikobereitschaft lähmen somit das Innovationsklima, schwächen die Leistungsbereitschaft und Motivation jener, von deren Erfindungs- und Ideenreichtum wir alle abhängig sind.

Welche Folgerungen ergeben sich aus den skizzierten Schwächen des Innovationsstandortes Deutschland für die Forschungs- und Technologiepolitik?

1. Eine **Forschungs- und Technologiepolitik**, die die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft verbessern und die zugleich die Chancen und Gestaltungsmöglichkeiten des wissenschaftlich-technologischen Wandels für die Verbesserung der Lebens-, Arbeits- und Umweltbedingungen gezielt nutzen will, läßt sich nicht als isolierte Ressortpolitik betreiben. Sie muß **integraler Bestandteil einer aktiven Innovationspolitik** werden. Dies erfordert eine enge konzeptionelle Abstimmung nicht nur der verschiedenen Forschungsförderprogramme der einzelnen Bundesressorts, der Länder und der Europäischen Union (EU), sondern auch und gerade mit der Bildungs-, Wirtschafts-, Umwelt-, Sozial- und Rechtspolitik. Die derzeitige Praxis jedenfalls ist kontraproduktiv. Wir brauchen, ein effizientes Innovationsmanagement, eine Verbesserung des innovativen Umfeldes und der Rahmenbedingungen insgesamt.
2. Wir brauchen einen **gesellschaftlichen Konsens über die Zielsetzungen, die inhaltlichen Schwerpunktsetzungen sowie die einzuschlagenden Strategien**. Die Einleitung eines entsprechenden Zukunftsdialogs zwischen Wissenschaft, Wirtschaft, Gewerkschaften und Politik ist mehr als überfällig. Nur ein solcher Zukunftsdialog schafft die Voraussetzungen für einen gesellschaftlich akzeptablen Kurs der Modernisierung und der Strukturremauerung. Er dient der Erarbeitung eines Orientierungsrahmens, der die Langfristigkeit innovationspolitischer Weichenstellungen und Schwerpunktsetzungen gewährleistet. Er soll zugleich den Unternehmen die Orientierung und die längerfristige Planung erleichtern. Er zielt letztlich auf eine größere Innovationsbereitschaft der Gesamtgesellschaft und auf die Verbesserung der Qualität innovationsrelevanter Entscheidungen. Ein solches Chancenmanagement muß sich auf wissenschaftlich abgesichertes Orientierungswissen stützen. Der von meiner Fraktion geforderten **Einrichtung eines Zukunfts- und Technologierates** und der konsequenten Nutzung des Instruments der Technikfolgenabschätzung kommt in diesem Zusammenhang besondere Bedeutung zu.
3. Die Forschungs- und Technologiepolitik muß künftig langfristig und verläßlich angelegt sein. Sie muß **klare strategische Schwerpunkte** setzen, zeitliche und finanzielle Vorgaben ma-

chen und einer ständigen Ziel- und Erfolgskontrolle unterworfen sein. Die Förderung der **Technologien des 21. Jahrhunderts und der Vorsorgeforschung** muß dabei endlich jene **Priorität erhalten**, die ihr von ihrer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedeutung her zukommt.

4. Auch wenn ich mich in diesem Zusammenhang auf forschungspolitische Konsequenzen zur **Sicherung des Industriestandortes Deutschland** beschränken möchte, so kann und darf dies nicht heißen, daß wir die **Forschungspolitik auf das Ziel der Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit beschränken können und dürfen**. Sie muß vielmehr auch und gerade zu einer **Verbesserung der Lebens-, Arbeits- und Umweltbedingungen insgesamt beitragen**. Wenn es uns nicht gelingt, unsere wirtschaftliche Entwicklung in eine Bahn zu lenken, die in Einklang mit den ökologischen Erfordernissen steht, dann hat auch der **Wirtschaftsstandort Deutschland keine Zukunft mehr**. **Zentrales Ziel der Forschungspolitik** muß deshalb die **ökologische Erneuerung der Industriegesellschaft sein, die Entwicklung einer ökologischen Kreislaufwirtschaft**. Die Forschungs- und Technologiepolitik muß die **Vision einer sozialen und ökologischen Industriegesellschaft entwickeln helfen**. Sie hat die **sozialen, wirtschaftlichen und politischen Bedingungen für diesen Wandel in Wirtschaft, Staat und Kultur zu erforschen**. Sie hat die **technischen Möglichkeiten einer neuen ressourcenschonenden Produktionsweise zu erkunden und zu erproben**. Sie hat **neue Wege aufzuzeigen, um Altlasten aufzuarbeiten, naturgerechte Landschaft wieder anzueignen, ein humanes Verkehrswesen, energie- und umweltgerechtes Bauen, den Umbau der Energieversorgung und eine humanere Gestaltung der Arbeitsbedingungen vorzudenken**.
5. **Stärker als bisher sollten wir nachfrageorientierte Steuerungsmechanismen** in der Forschungs- und Technologie-Politik nutzen. Zusammen mit einer **innovativen staatlichen Beschaffungspolitik** können **nachfrageorientierte Förderprogramme**, wenn sie **strategisch richtig plaziert sind**, zur **Erschließung neuer Technologien und Märkte etwa im Infrastruktur- und Umweltbereich beitragen**. Gerade die **enormen Möglichkeiten, die die modernen Technologien zur Einsparung von Energie und Material bieten**, sollten in diesem Zusammenhang **konsequent für innovative, technische und organisatorische Problemlösungen genutzt und weiterentwickelt werden**.

Hierzu gilt es, **anspruchsvolle und visionäre Leitprojekte zu formulieren**. Sie sollten **überzeugende Perspektiven aufzeigen und aufgrund ihrer motivierenden Kraft Wissenschaft, Forschung, Wirtschaft und Politik frühzeitig und kontinuierlich zu gerichtetem kooperativen Handeln zusammenführen**. Solche **Leitprojekte sollten mindestens mittelfristig angelegt sein**, indem sie etwa wie ein Projekt **"Saubere Nordsee"** auf die **Sanierung der Nordsee und die Vermeidung künftiger Schadstoffeinträge abzielen**, oder wie das **"New Sunshine Program"** des MITI in Japan auf die **Entwicklung eines umweltträglichen Energieversorgungssystems unter Nutzung der Energiesparpotentiale und der erneuerbaren Energien**. Denkbar sind aber auch **langfristig angelegte Vorhaben wie ein Projekt "Grüner Planet"**, das auf eine **umfassende Umgestaltung unserer Industriegesellschaft abzielt**. Bei solchen **Leitprojekten kommt es nicht nur darauf an, entsprechende Visionen zu entwerfen, sondern die Visionen zu operationalisieren, also gangbare Wege und Schritte zur Erreichung der Ziele aufzuzeigen und in Angriff zu nehmen ohne dabei den Gesamtzusammenhang, sprich das Ziel, aus den Augen zu verlieren**.

6. **Innovationen beginnen in den Köpfen, sie erfordern Kreativität und ein innovationsfreundliches Umfeld**. Der **Präsident des Deutschen Patentamtes in München hat in diesem Zu-**

sammenhang eine Reihe - wie ich meine - überlegenswerter Vorschläge zur **Reformierung des Patentwesens** unterbreitet. So schlägt er unter anderem die Stiftung eines deutschen Technik-Preises für ingenieurwissenschaftliche Leistungen, die Wiedereinführung der 1989 abgeschafften steuerlichen Vergünstigung für Einkünfte aus der Verwertung geschützter Erfindungen für selbständige und angestellte Erfinder, den Verzicht auf die von der Bundesregierung geplante Erhöhung der patentamtlichen Gebühren, die Bereitstellung von Fördermitteln für den Erwerb von Patentschutz durch selbständige Erfinder sowie den zügigen Aufbau eines Netzes von Patentinformationszentren. In ähnlicher Weise hat sich auch der stellvertretende DGB-Vorsitzende Ulf Fink für Umbau unseres Patentwesens von einer hoheitlichen Verwaltung in eine innovationsfördernde Service-Agentur ausgesprochen.

7. Da den **Klein- und Mittelbetrieben** in der Bundesrepublik eine besondere Bedeutung für Wachstum, Arbeitsplätze und Innovationen zukommt, ist die Belebung des Wettbewerbs, die **Stärkung der Innovationskraft** dieser Betriebe angesichts der neuen Dimension globalen Wettbewerbs eine zentrale Aufgabe staatlicher Innovationspolitik. Sie muß neben einer Verbesserung des internen Potentials vor allem auch die Umfeldbeziehungen der Unternehmen erfassen. Ein neues, zukunftsgerichtetes Konzept der KMU-Förderung muß eine breite Forschungs- und Dienstleistungsinfrastruktur zur Verfügung stellen, die Engpässe am Arbeitsmarkt für hochqualifiziertes Personal sowie bei der Weiterqualifizierung des vorhandenen Personals überwinden helfen. Besondere Bedeutung kommt dabei der Förderung von Forschungs Kooperationen der Klein- und Mittelbetriebe untereinander, aber auch mit den Großbetrieben und mit Forschungseinrichtungen zu. Da die frühzeitige Kooperation der Unternehmen bei der Einleitung und Durchführung von Innovationen eine entscheidende Voraussetzung für den Erfolg bildet, müssen die KMU-spezifischen Förderprogramme künftig stärker mit den allgemeinen Förderprogrammen vernetzt werden. Schließlich dürfen sich die Fördermaßnahmen nicht auf den FuE-Bereich beschränken, sie müssen vielmehr den gesamten Innovationsprozeß umfassen, darunter solche zur Marktanalyse, zur Informationsbeschaffung, zur Vermarktung, zur Risikokapitalbeschaffung oder zur Weiterqualifizierung. Zwingend notwendig ist darüber hinaus die Entwicklung einer **Innovativen Unternehmensbesteuerung** mit der Wiedereinführung der steuerlichen Forschungsförderung.
8. Die Kostenvorteile japanischer Unternehmen beruhen zu einem wesentlichen Teil nicht auf niedrigeren Faktorkosten, sondern auf einer optimaleren Organisation des Fertigungsprozesses und einer besseren Ausschöpfung des Kreativitätspotentials der Belegschaften in den Betrieben. **Soziale Innovationen** sind deshalb für die Verbesserung der Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der Wirtschaft von besonderer Bedeutung. Erst dann lassen sich die Vorteile der modernen und durch die Nutzung der IuK-Technologien erst möglichen, flexiblen Fertigungs- und Dienstleistungssysteme auch tatsächlich ausschöpfen. Dies erfordert einen Abbau innerbetrieblicher Hierarchien, größere Entscheidungsspielräume der Beschäftigten, eine stärkere innerbetriebliche Vernetzung von Forschung, Entwicklung, Produktion, Vermarktung und Anwendung sowie eine Neuausrichtung der Aus- und Weiterbildung. Die Forschungspolitik kann hierbei wesentliche Anstöße durch die Förderung von Pilotprojekten zur Entwicklung humanzentrierter und wirtschaftlich effizienter Fertigungs- und Arbeitsorganisationskonzepte geben.

Wenn es uns gelingt, die ausgezeichnete wissenschaftliche Basis sowie das hervorragende Potential an gut ausgebildeten Menschen in unserem Land besser zur Entfaltung zu bringen, wenn es uns gelingt funktionierende Netzwerke zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft zu schaffen, wenn es uns gelingt, die Entwicklung einer ökologischen Kreislaufwirtschaft

voranzubringen, dann brauchen wir uns um die Zukunft des Forschungsstandortes Deutschland keine Sorgen mehr zu machen.

(-/18. Januar 1994/rs/ks)

Die Partizipation der Frauen muß erweitert werden

Vor 75 Jahren, am 19. Januar 1919, konnten die Frauen in Deutschland zum ersten Mal wählen

**Von Hanna Wolf MdB
Frauenpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion**

Vor 75 Jahren, am 19. Januar 1919, haben die Frauen in Deutschland zum ersten Mal von ihrem am 12. November 1918 vom Rat der Volksbeauftragten festgelegten Wahlrecht Gebrauch gemacht. Langjährige Bemühungen der Frauenbewegung, mit Hedwig Dohm angefangen, und der Sozialdemokratie haben damit ihr Ziel erreicht.

Heute gehört das damals umstrittene Frauenwahlrecht zu den selbstverständlichen Rechten der Frauen. Zugleich aber ist es heute klar, daß Frauen dringend weitere gesetzliche Entscheidungen brauchen, die ihnen eine gerechte Partizipation im Erwerbsleben und in anderen gesellschaftlichen Bereichen ermöglichen. Das von der SPD-Bundestagsfraktion vorgelegte Gleichstellungsgesetz ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung.

Das durchschnittliche Erwerbseinkommen von Frauen ist um ein Drittel geringer als das der Männer. Frauen müssen mehr und mehr um ihre Arbeitsplätze bangen. Zwei Drittel der Arbeitslosen im Osten sind Frauen. In den höheren, besser bezahlten Positionen sind Frauen trotz gleichwertiger Qualifikation kaum vertreten. Der Gesetzentwurf der SPD-Bundestagsfraktion sieht daher insbesondere vor:

- Frauenförderung im öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft, Frauenförderpläne mit verbindlichen Zielvorgaben,
- die leistungsbezogene Quote bei Einstellung und Beförderung,
- Frauenbeauftragte mit Freistellungsanspruch in größeren Betrieben und Behörden,
- Quotierung der Betriebs- und Personalräte,
- Schutzvorschriften gegen überproportional hohe Entlassungen von Frauen,
- Quotierung von ABM.

Auch Gremien, zum Beispiel Beiräte und die Gerichte, müssen quotiert werden, damit Frauen nicht länger die schweigende Mehrheit in der Gesellschaft bleiben.

(-/18. Januar 1994/rs/ks)
